

Verein „Sicherung des Friedens“

Jahresthema 2017 „Freiheit – wieviel dürfen wir opfern für Sicherheit und Frieden“

Zweiter Teil des ersten Vortrags des Jahres 2017 am 13. März 2017 in der Hanns-Seidel-Stiftung

MICHAEL G. MÖHNLE, LEITER INTERMINISTERIELLE ARBEITSGRUPPE „MOBILE KOMMUNIKATION BAYERN“, BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

NEUER NATIONALISMUS: EUROPA IN GEFAHR

Die Wirtschaft ist durch die Globalisierung seit 30 Jahren vollständig verändert worden, viele haben zB zwei bis drei Jobs, selbst Doppelverdiener verdienen kaum noch genug Geld.

Globalisierung bedeutet weltweit tätige Konzerne, d.h. auch weltweit werden Bewerber gesucht. Diese Konzerne haben 800.000 bis 850.000 Tochterunternehmen, was $\frac{1}{4}$ der Weltwirtschaftsleistung bedeutet. Zum Beispiel hat der Handelskonzern Walmart eine höhere Wirtschaftsleistung als manche Staaten, womit nationale Ordnungsstrukturen zu Auslaufmodellen werden. Das Gegenmodell Nationalismus aber ist eine Sackgasse!

Die Wirtschaftsleistung der 500 größten Unternehmen weltweit macht 28 Billionen \$ aus, so die Zeitschrift „Fortune“, womit auch die Wirtschaft vollkommen verändert wird, die Nationalstaaten aber ändern sich nicht. Beispielsweise zahlt Apple in Irland nur 0,005 % Steuern, die EU aber hat Apple dazu verurteilt, 13 Mrd. Euro Steuern zu zahlen – was die Iren nicht wollen. Denn die nationalen Ordnungsstrukturen sind völlig überfordert – ein so großer Konzern kann jederzeit mit dem Weggang (und damit Abzug von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen) drohen...; Beispiel Lehman-Bank: die Situation ist nur vergleichbar mit 1929.

Es gibt weltweit drei Zentren der Wirtschaft: USA – EU – China/Korea/Japan (in zehn Jahren kommt vielleicht noch Indien dazu). Der Bevölkerungsanteil an der Weltbevölkerung beträgt bei der EU 28 (alle Mitgliedsstaaten samt GB) ca. 7 %, bei der USA 4,5 %, bei der Volksrepublik

China 19 % und bei Indien 18 % - die globalen Wirtschaftsräume sind stärker als wir (und auch stärker als die USA). Die global agierenden Wirtschaftsabkommen wie NAFTA (USA, Kanada, Mexiko) und APEC (Australien, Kanada, China, Japan, Mexiko, Südkorea, Neuseeland, Russland, USA – um nur die wichtigsten Beteiligten zu nennen) hat Trump aufgelöst.

Die Wirtschaft treibt die Politik und nicht umgekehrt. Europa spielt hierbei eine entscheidende Rolle, Afrika nicht, ebenso wenig Südamerika – aber die nationale Politik kann damit nicht umgehen. Beispielweise hat die Allianz damals Bundeskanzler Schröder gedroht wegzugehen aus München, ebenso hat BMW ganze Staaten erpresst.

Die USA hat den Präsidenten gewählt, den sie wollte – auch wenn man über das Wahlsystem streiten kann. Seine Inaugurationsrede war kein leeres Versprechen, sein Statement ist „America First“. Zum Beispiel wird die Mauer zu Mexiko wohl der US-Steuerzahler zahlen werden – und bei der Umsetzung wird es sicher noch Überraschungen geben, da die USA pleite sind.

Zum Thema NAFTA: 60 % der Waren, die die USA importiert, sind Zulieferprodukte, das Wegbrechen dieses Imports schadet den USA. Ebenso schadet es den USA, TPP (beträfe 800 Mio. Menschen und 40 % des Welthandels) abzulehnen: denn jetzt ist die Volksrepublik China führend – wo doch Präsident Barack Obama dieses Abkommen geschlossen hatte, um Einfluss und Macht der Volksrepublik China am Pazifik zu begrenzen. Angst vor der Kraft der Europäer am Weltmarkt spielte ebenso eine Rolle für diese Abkommen. Die Strafzölle (von 35 % auf vor allem deutsche Autos – dabei ist die weltgrößte BMW-Fabrik in Spartanburg, USA) und der mit ihnen verbundene Protektionismus sind wirtschaftlich schädlich – für letzteres steht auch der Brexit.

Die Banken werden unter Präsident Trump wieder dereguliert, der Dodd-Frank-Act, der nach der Banken- und Finanzkrise (Lehman Bank!) 2010 zur Einhegung der Banken verabschiedet wurde, wird aufgehoben. Aber dieses Gesetz war durch Präsident Barack Obama mit dem Weltfinanzsystem der G 20 abgestimmt worden – weshalb wohl der nächste Crash bald folgen wird.

Zum Thema Europas Rechte

Die nationale Politik von Präsident Trump nimmt keine Rücksicht auf den Mittelstand, der ihn doch gewählt hat! Nigel Farage, der für den Brexit verantwortliche Politiker (und nach Trump nächste Botschafter Großbritanniens in den USA), hat auf der Conservative Political Action Conference¹ der US-Republikaner gesprochen – vor Trump! Marine Le Pen war im Trump Tower, der italienisch-amerikanische Politiker (der Lega Nord) Guido Lombardi² empfängt ebenfalls im Trump Tower alle rechten Europäer (Geert Wilders, FPÖ) und finanziert sie.

Der gefährliche Mann im Umkreis von Trump ist Steve Bannon, ein Absolvent von Navy, Georgetown Universität und Harvard Business School, will die USA deregulieren, er will einen radikalen Rückbau des Staates. Aber auch der Amerikaner an sich denkt, dass der Staat sich aus dem meisten heraushalten soll, wie zum Beispiel aus der Krankenversicherung (Obamacare).

Das sogenannte „Southern White House“, ein exklusiver Club in Palm Beach mit 200.000 \$ Aufnahme- und 15.000 \$ Jahresgebühr, ist Trumps Residenz in Florida, in der er auch Staatsgäste empfängt. Trump macht Politik für sich und seine Familie.

Hier in Europa kommen Nationalismus und ein neuer nationaler Kapitalismus ebenfalls wieder auf. Der Brexit treibt die Briten zur Verzweiflung, siehe das Verhalten von Nigel Farage (erst das Referendum anstoßen und dann nach seinem Erfolg zurücktreten), die Schotten und die Nordiren wollen aus Großbritannien (genauer: dem Brexit) heraus. Auch in den Niederlanden und Frankreich spielen die Themen Überfremdung und Flüchtlingssyndrom eine Rolle. Wie die Wahl am Mittwoch (15. März) in den Niederlanden ausgeht, ist unklar, auch wegen der hohen Anzahl an Parteien; wie die Präsidentschaftswahl am 23. April (und die vermutlich erforderliche Stichwahl am 7. Mai) in Frankreich ausgehen wird, ist ebenfalls offen, da dort die Konservativen

¹ Auf deren Homepage ist Nigel Farage als Sprecher für 2018 vorgesehen.

² Siehe der Bericht vom 30.1.2017 „Der Italiener, dem Trump vertraut“ auf www.tageschau.de/ausland/lombardi-trump-101.html (21.3.2017).

zerstritten sind, wovon Marine Le Pen Front National profitieren wird, möglicherweise sieht es gut auf für Emanuel Macron, der wenigstens ein Proeuropäer ist.

Denn wir alle wollen Europa- sagen es aber nicht! Denn Europa muss handlungsfähig bleiben, weil ein starkes Europa schlecht für Trump und Putin wäre (die zusammenarbeiten). Dieser Rechtsruck in Europa wird vielfach von Frauen angeführt, wie Marine Le Pen (Front National) in Frankreich, Ministerpräsidentin Beata Szydło (PiS) in Polen, Anke Van Dermeersch (Vlaams Belang) in Belgien und Frauke Petry (AfD) – diese Frauen sind oft vorgeschoben. Marine Le Pen vertritt einen sozialistisch gefärbten Nationalismus – das kennen wir doch! Dies wird gemacht, um an die Macht zu kommen und dann die EU auseinander zu sprengen – finanziert und gestützt von USA und Putin. Da spielt die AfD keine Rolle mehr, denn sie war und ist nie richtig handlungsfähig, da zu zerstritten.

Daher ist die Antwort der SPD richtig: Martin Schulz. Die SPD macht soziale Ungerechtigkeit zum Thema, während die Union zusieht, das Thema verschlafen hat.

Die Ungarn wollen zuerst einmal Ungarn sein, die Polen wollen zuerst einmal Polen sein – so funktioniert aber die EU nicht. Die Grundrechtscharta wurde mehrfach verletzt, aber Europa schaut da zu.

Heute wird die Opposition immer mehr von Journalisten gemacht, mit den Neuen Medien wird noch mehr Krieg geführt – Beispiel RT (Russia Today): Desinformation aus Russland. Den Umgang damit müssen die Parteien erst lernen, denn Medienkriege werden stattfinden, unser Wahlkampf wird wie der US-Wahlkampf. Schon heute werden 5 % der Wähler von Social Bots beeinflusst, 50 % der Facebook-Einträge sind Bots, also von Maschinen erstellt.

„Die neue Rechte ist die alte Linke“: diese Lücke in der Politik, die die Rechten besetzen, muss ihnen weggenommen werden – Beispiel Bernie Sanders: er hätte Clinton zum Sieg verholfen. Die Nationen verlieren, weil sie globalen Problemen wie Flüchtlingsströmen, Terrorismus, Klimawandel, Wirtschaftskrisen wenig entgegensetzen können, sie verlieren an Bindungskraft. Siehe

dazu Roman Herzog 1997 in Athen: „Es ist nicht nur eine Frage der Ehrlichkeit, sondern eine Existenzfrage des modernen Staates, dass er seine Bürger nicht im Unklaren über die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit lässt. Nur dadurch kann er seine Akzeptanz auf Dauer sichern.“

Erdoğan als Spaltpilz

Die Türkei in die EU aufzunehmen, würde bedeuten, dass sie die Kopenhagener Kriterien und die Charta der Grundrechte von 2009 erfüllen müssten – was sie schon längst nicht mehr tun. Wirtschaftlich ist die Türkei zwar erfolgreich – durch das Geld der EU („Heranführungshilfe“), das sind bis 2020 über 4 Mrd. Euro, was jetzt aber gekürzt wird. Denn in der Türkei wird die Islamisierung vorangetrieben, sie soll die Leitnation der arabischen Welt werden, Ziel ist eine islamische Republik zum hundertjährigen Bestehen der türkischen Republik im Jahr 2023. Das türkische Verfassungsreferendum ist ein Abklatsch des Referendums von Putin, der Erdoğan's Vorbild ist. Der Palast von Sultan Erdoğan in Istanbul – ehemals ein unter Naturschutz stehender Park – umfasst 1100 Zimmer.

Europa hingegen ist ein Verbund von Staaten, kein Bundesstaat, in Zukunft muss Europa eine eigene Außen- und Sicherheitspolitik aufbauen, so beschlossen beim EU-Gipfel in Bratislava am 16.9.2016. Das Weißbuch zu Europa von Jean-Claude Juncker ist – im Gegensatz zur Meinung des Vorredners – nicht nur ein „nur mal so gesagt“, denn Juncker ist der Präsident der EU-Kommission! Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten geht nicht – oder besser: wie soll das gehen, weil unklar ist, was dann gilt. Der Bürger versteht das (dann) nicht. Und zum Thema Beitritt der Türkei gibt es keinen Plan B von Europa, falls die Beitrittsverhandlungen gekappt werden. Gut wäre dann ein europäischer Wirtschaftsraum (statt eines Beitritts), der wäre nämlich wettbewerbsfähig gegenüber Asien und der USA.

EVA DITTRICH, ASS. JUR.